

Der Staatsminister

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Postfach 10 03 29 | 01073 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Durchwahl
Telefon: 0351 564-8001
Telefax: 0351 564-8024

Kleine Anfrage des Abgeordneten Mario Beger, AfD-Fraktion

Drs.-Nr.: 6/11593

Thema: Studie zur Wirkung der sektoralen Wirtschaftssanktionen gegen Russland einschließlich der Gegenmaßnahmen auf die sächsische Wirtschaft und den sächsischen Arbeitsmarkt

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
32-4175/1/25

Dresden,

17. JAN. 2018

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„Am 13.12.2017 wurde der Antrag „Embargopolitik gegen Russland - Wirkungen der Maßnahmen und Gegenmaßnahmen auf die sächsische Wirtschaft“ (Drs 6/8922) in der 64. Plenarsitzung abgelehnt. Die Staatsregierung verwies darauf, dass die Entwicklung am sächsischen Arbeitsmarkt positiv sei. Es würden sich keine Anhaltspunkte für die These ergeben, dass die Sanktionen gegen Russland sowie die Gegenmaßnahmen Russlands Einfluss auf die Anzahl der Firmeninsolvenzen in Sachsen hätten. Am 14.12.2017 - also einen Tag später - berichteten die Medien auf Berufung einer Studie des IfW:



Russland-Sanktionen: Deutschland leidet am meisten¹
Deutschland trägt Hauptlast der Russland-Sanktionen²
IfW-Studie: Deutsche Wirtschaft Verlierer der Russland-Sanktionen³
Exporte deutlich niedriger Deutschland trägt Hauptlast der Russland-Sanktionen⁴
Deutschland trägt Hauptlast der Russland-Sanktionen⁵
Deutsche Wirtschaft leidet- Verlierer der Russland-Sanktionen⁶
Export-Verluste durch Russland-Sanktionen⁷

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Arbeit und
Verkehr
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

Außenstelle:
Hoyerswerdaer Straße 1
01097 Dresden

www.smw.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien
3, 7, 8
Haltestelle Carolaplatz

Kein Zugang für elektronisch signierte
sowie für verschlüsselte elektronische
Dokumente.

¹ <https://www.swr.de/swraktuell/russland-sanktionen-deutschland-leidet-am-meisten/-/id=396/did=20806828/nid=396/r174kl/index.html>

² <https://www.nrz.de/wirtschaft/deutschland-traegt-hauptlast-der-russland-sanktionen-id212849857.html>

³ <https://www.nachrichtenexpress.com/2017/12/deutsche-wirtschaft-verlierer-der-russland-sanktionen/>

⁴ <https://www.n-tv.de/ticker/Deutschland-traegt-Hauptlast-der-Russland-Sanktionen-article20184401.html>

- ⁵ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/russland-sanktionen-deutschland-traegt-hauptlast-15340046.html>
- ⁶ <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/deutsche-wirtschaft-leidet-verlierer-der-russland-sanktionen-100.html>
- ⁷ <http://www.haz.de/Nachrichten/Wirtschaft/Deutschland-Welt/Export-Verluste-durch-Russland-Sanktionen>“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage: Welche Wirtschaftsindikatoren bzw. Indikatoren am sächsischen Arbeitsmarkt würden die Staatsregierung dazu veranlassen, eine wie die im Antrag - Drs. 6/8922- geforderte bzw. eine entsprechende Studie in Auftrag zu geben?

Von einer Beantwortung der Frage wird abgesehen.

Gemäß Art. 51 Absatz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen kann die Staatsregierung die Beantwortung von Fragen ablehnen, wenn diese den „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“ berühren. Der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung schließt einen nicht ausforschbaren Initiativ-, Beratungs- und Handlungsbereich der Regierung ein. Hierzu gehören sämtliche internen Abstimmungs- und Willensbildungsprozesse sowie Planungen innerhalb der Staatsregierung, die der Vorbereitung von Regierungsentscheidungen dienen (SächsVerfGH Urteil vom 23. April 2008, Vf. 87-I-06).

Bezogen auf ein mögliches zukünftiges Szenario wird die Staatsregierung unter den jeweils gegebenen Umständen prüfen und entscheiden, welche Instrumente, ggf. auch Studien, zielführend sind.

Mit freundlichen Grüßen


Martin Dulig